

# Wir dürfen nicht naiv sein

**AFRIKA** | Nicht die Regeln des freien Welthandels bestimmen über die Nutzung von Rohstoffen, sondern Machtinteressen. Deutschland braucht eine klare Strategie, um bei der Sicherung seiner industriellen Interessen glaubwürdig und erfolgreich zu sein. *Von Günter Nooke*

**F**ast die Hälfte der 54 Staaten des afrikanischen Kontinents zählt als rohstoffreich. Hier werden in den nächsten zehn Jahren mit der Vergabe von Explorations- und Abbaulizenzen Weichen für Jahrzehnte gestellt – mit weit reichenden wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Folgen.

Für Deutschland stellt sich die Frage: Welchen Beitrag soll unsere Entwicklungspolitik in Afrika für die Rohstoffversorgung unserer Industrie leisten? Ist der Abbau von Rohstoffen nicht ein zu „schmutziges“ Geschäft für eine Regierung, die eine werteorientierte Außenpolitik betreiben möchte?

Die raue Wirklichkeit über und unter Tage ist nicht einfach zu erklären: Soll man dagegen kämpfen, wenn Menschen unter katastrophalen Arbeitsbedingungen in afrikanischen Minen mit einem Einkommen von 50 bis 100 Dollar im Monat schufteten – oder soll man froh darüber sein, weil sie dabei mehr als doppelt so viel wie in der Landwirtschaft verdienen?

Wir alle in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollten nicht naiv sein: Am Ende bestimmen nicht Verabredungen der Welthandelsorganisation WTO, sondern Machtinteressen die Spielregeln. Nicht nur in autoritären Gesellschaften, sondern selbst bei vermeintlichen oder echten Freunden.

Selbst wenn in den vergangenen 20 Jahren viele Wirtschaftsleute und Politiker dachten, Rohstoffsicherheit sei allein mit freiem Handel auf dem Weltmarkt zu erreichen, glauben daran heute nur noch wenige. Meine Haltung ist klar: Wir brauchen eine staatliche Rohstoffpolitik.

Meine Argumentation für eine kohärente Strategie in Afrika baut auf folgenden Gedanken auf:

1. Die afrikanischen Regierungen wollen und werden die Rohstoffvorkommen nutzen; die globale Nachfrage ist groß. Beim Abbau stellt sich also nicht die Frage des „Ob“, sondern des „Wie“. Bisher haben die Einnahmen aus dem Rohstoffexport in kaum einem afrikanischen Land zu einem Wachstum geführt, von dem die gesamte Bevölkerung profitiert hätte. Die teilweise unanständige Bereicherung einiger Eliten hat das Gegenteil bewirkt: Heute sind unter den zehn Staaten mit der größten Ungleichheit sieben afrikanische Länder.
2. China und andere Schwellenländer spielen eine immer größere Rolle im Rohstoffbereich. Beispielsweise wurden mehr als 95 Prozent der Seltenen Erden in China produziert. Dabei hofften andere Länder, Unternehmen und indirekt wir als Verbraucher, die hohen Kosten bei der Veredlung minimieren und die Umweltgefahren „auslagern“ zu können. Als China dann plötzlich einen größeren Eigenbedarf an diesen Mineralien reklamierte, war die Entrüstung groß.

3. Rohstoffsicherheit für die deutsche exportorientierte Industrie zu gewährleisten ist ähnlich systemrelevant wie die Versorgung mit Kapital. Gleichzeitig ist der Schutz der Menschenrechte entscheidend für eine überzeugende deutsche Außenpolitik und für das globale Ansehen deutscher Unternehmen. Im deutschen Interesse liegt auch die Wertschöpfung vor Ort mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die zum Wirtschaftswachstum der exportierenden Länder beiträgt. Nur dann kann Deutschland mittel- und langfristig Steuergelder für die Entwicklungszusammenarbeit sparen und deutsche Unternehmen können neue Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkte erschließen.

Für unsere Rohstoffpolitik folgt, dass Politiker und Ministerien

sich vor konkreter Verantwortung nicht wegdrücken dürfen, sondern in diese oft undurchsichtigen Geschäfte mehr Transparenz, Fairness und Berechenbarkeit bringen müssen. Unsere Unternehmen müssen wissen: Eine hundertprozentige Risikoabsicherung durch den Steuerzahler kann es nicht geben.

Die Forderung nach verantwortlich handelnden, nicht korrupten Regierungen bleibt zentral für jede Art von Entwicklung und die sinnvolle Nutzung von Rohstoffen eines Landes. Es wäre aber naiv zu fordern, auf den Abbau von Rohstoffen sollte verzichtet werden, wenn die politischen, rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen dafür nicht gegeben sind. So ist die Welt, gerade in Afrika, nicht.

Die deutsche Unterstützung von Initiativen wie der Rohstofftransparenzinitiative EITI ist wichtig und richtig. Richtig ist auch, dass unsere Entwicklungszusammenarbeit mehreren Ländern Berater im Rohstoffbereich zur Seite stellt.

Die Bergakademie Freiberg in Sachsen profiliert sich international mit einem „Weltforum der Ressourcen-Universitäten für Nachhaltigkeit“, an dem sich über 90 wissenschaftliche Einrichtungen beteiligen.

Entsprechend haben die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten beim Gipfel in Nordirland Mitte Juni ein Konzept in Auftrag gegeben, wie Entwicklungsländer, die das wünschen, bei den Vertragsverhandlungen mit großen, global agierenden Rohstoffunternehmen unterstützt werden können.

Zentral für einen fairen Rohstoffabbau sind gut ausgehandelte, transparente Verträge, für alle Seiten berechenbar und verlässlich. Sich bei den hochkomplexen Rohstoffgeschäften und Abbaugenehmigungen nicht zu verzooken ist keine einfache Übung. Umwelt- und Sozialkosten müssen in den Rohstoffpreisen einberechnet sein und sollten nicht durch Entwicklungsprojekte westlicher Steuerbürger bezahlt werden. ■



**Nooke, 54**, ist Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung